

Preisgabe von Gauweilers Pachtvertrag gestanden

10 800 Mark Strafe für Hiersemenzel

Geschäftsführer der Anwaltskammer munitionierte den „Stern“

Henning Hiersemenzel, Ehemann der früheren FDP-Landtagsabgeordneten Karin Hiersemenzel, hat gestern vor dem Amtsgericht München überraschend gestanden, den umstrittenen Kanzlei-Pachtvertrag des früheren Umweltministers Peter Gauweiler dem Magazin Stern zugespielt zu haben. Das Gericht milderte die zunächst gegen den 51-jährigen Anwalt per Strafbefehl ausgesprochene Geldstrafe wegen Verrats von Privatgeheimnissen um 2700 auf 10 800 Mark.

Hiersemenzel, 1990 bis 1992 einer von drei Geschäftsführern der Anwaltskammer für München und Oberbayern, hatte bisher den Vorwurf zurückgewiesen, 1993 während des Oberbürgermeister-Wahlkampfes den Pachtvertrag des damaligen OB-Kandidaten Gauweiler dem Magazin weitergegeben zu haben. In der Verhandlung räumte er den Inhalt des Strafhochechs „in etwa“ ein.

Danach hat Hiersemenzel den Gauweiler-Pachtvertrag im November 1990 „aus rein dienstlichen Gründen“ kopiert und mit zu sich nach Hause genommen, weil ihm sowohl das Vertragswerk als auch der Umgang der Anwaltskammer damit „rechtlich bedenklich erschienen“. Beim Ausscheiden aus der Kammer sei ihm „der Vorgang überhaupt nicht mehr in Erinnerung“ gewesen und erst im Sommer 1993 während des „nicht mit aller Fairneß geführten“ Wahlkampfes wieder eingefallen.

Er habe in einer „spontanen, unüberlegten Reaktion“ dafür gesorgt, daß die Öffentlichkeit von dem Vorgang erfährt. Das tut mir leid“, sagte Hiersemenzel. Richter Herbert Kobel begründete das bereits rechtskräftige Urteil mit der Generalprävention. Bei der Kammer lagen

Personalakten von rund 5000 Anwälten, diese müßten sich auf die Geheimhaltung absolut verlassen können.

Gauweiler war im Februar über die Kanzlei-Affäre gestolpert, nachdem bekannt geworden war, daß er seinen früheren Mandantenstamm jahrelang für monatlich 10 000 Mark verpachtet hatte. Gauweiler wurde vorgeworfen, Amt und Privatinteressen unzulässig miteinander verquickelt zu haben. Durch einen Landtags-Untersuchungsausschuß sah die CSU die Vorwürfe weitgehend entkräftet, die Opposition dagegen bestätigt. lby

Bürgerversammlung für Lochhausen/Langwied

Für den Bezirksteil Lochhausen/Langwied im Stadtbezirk 22 (Anbing/Lochhausen/Langwied) findet am Mittwoch, 30. November, die jährliche Bürgerversammlung statt.

Im Bericht von Gerhard Gattnar, der den Bezirksausschußvorsitzenden Peter Malter vertritt, wird es voraussichtlich um die Themenschwerpunkte Autobahn A 99 und Rückbau der Lochhausener Straße gehen, sowie um den Bebauungsplan für das Gelände an der Ziegeleistraße und das Gewerbegebiet an der Freilandstraße.

Bürgermeisterin Gertraud Burkert leitet die Versammlung, die um 19 Uhr in der Schule an der Schussenrieder Straße beginnt. Erstmals haben auch Kinder und Jugendliche das satzungsmäßige Recht, gehört zu werden. Sollten sie allerdings Anträge stellen wollen, müssen sie dies aber erwachsenen Einwohnern übertragen. ews

SZ HSTA 29.11.94